

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (schl. im Voraus), durch die Post 2,70 RM (ohne Zuzahlung). Die „Arbeiterzeitung“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Postfach 17 200. Druck: Druckerei „Arbeiterzeitung“, Dresden, Postfach 17 200. Betriebs- und abtreiberechtl. Fragen, Freitage 18-19 Uhr.

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Juli 1930 Nummer 157

Fridts Steuer für das ganze Reich Kapitalisten und Hausbesitzer sollen sie einziehen

Berlin, 8. Juli. (Eig. Bericht.)

In der Dienstag-Sitzung des Reichstages wird die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums in Verbindung mit der neuen Dedungsvorlage fortgesetzt. Das Wort erhält zunächst

Abg. von Sabel (Christl.-nat. Bauernp.): Ein großer Teil der Ersparnisvorschläge des Haushaltsabwands muß sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Es ist notwendig, daß die Kopfsteuer noch vor der Sommerpause des Reichstages beschlossen wird. Die notwendige Senkung der Löhne und Gehälter muß einheitlich und sofort erfolgen. (Hört, hört) h. d. Komm., Sozial rechts.)

Abg. Dr. Cremer (DVP): Die Vorschläge der Volkspartei zur Reform der Arbeitslosenversicherung werden jetzt zu 90 % erfüllt. Es wäre gut gewesen, wenn diese Vorschläge bereits früher verwirklicht worden wären. Jetzt muß die Bahn freigemacht werden für die Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. (Zurufe: Durch Lohnabbau!)

Mit der Kopfsteuer sind wir einverstanden. Das Einziehen kann ja am besten durch die Arbeitgeber selbst oder durch die Hausbesitzer erfolgen. (Stürmisches Hört, hört! h. d. Komm.)

Es ist auch angebracht, daß die Gemeinden von sich aus einen Sonderzuschlag zur Kopfsteuer erheben. Wir sind auch heute noch der Meinung, die Herr Hilferding im vergangenen Jahre vertreten hat, daß die Kapitalbildung das allerwichtigste ist. Damals versprach auch Hilferding die Senkung der Einkommensteuer. (Hört, hört! h. d. Komm.) Wir erwarten, daß die jetzige Regierung weitere Verhandlungen führt, um eine Mehrheit für ihre Dedungsvorlage zu gewinnen. Allerdings muß auch die Regierung das mitbringen, was für eine Verbesserung notwendig ist. (Zurufe: Neue Industriezölle! Beifall h. d. DVP.)

Abg. Colosser (DVP): Zur endgültigen Sanierung und zur wirtschaftlichen Gesundung der Wirtschaft gehört auch die Arbeitsdienstpflicht, sowie die Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Wir fordern von der Regierung ein genaues Programm über die Bekämpfung der Finanz- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten. Eine Preislenkungsaktion ist notwendig, aber diese kann nicht erreicht werden, wenn Preisen durch Gesetz die Mieten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr verteuern und wenn die Reichsbahn auch noch die Tarife erhöhen. Wir müssen auch unbedingt zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß. (Hört, hört! h. d. Komm.) Die Sanierung der Gemeindefinanzen kann nur geschehen durch die Kopfsteuer und eine Erhöhung der Schank- und Verbrauchssteuer.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Weine (SPD) wird die Beratung auf Mittwoch, 15 Uhr, vertagt.

Die Steuer (Kopfsteuer), deren Einziehung durch Arbeitgeber und Hausbesitzer erfolgen soll, beträgt pro Person (gleich ob Millionär oder erwerbsloser Prolet) 6 Mark, für ein Ehepaar 9 Mark. Sie ist die Ergänzung zu Brüninges Hungerprogramm.

In allen Betrieben und Stempelstellen, in Büros und auf dem Lande muß das Hungerprogramm Brüninges behandelt werden, müssen Kampfmaßnahmen getroffen werden. Für diesen Kampf muß die Macht der Werktätigen, organisiert oder unorganisiert, kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter gewonnen werden. Waffenturm für Arbeit und Brot, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und höhere Löhne! Nieder mit der Regierung des Hungers!

Faschisten-Fridt verordnet, „zwangsweise Einziehung“ So sehen die „Kämpfer“ gegen den Quongplan aus!

Die Einziehung der Kopfsteuer, die auf Veranlassung der faschistischen Regierung, besonders des nationalsozialistischen Innenministers Fridt geschieht, ist auf einen breiten Massenwiderstand der Werktätigen gestoßen. Aus allen Orten Thüringens kommen die Meldungen, daß sich Kleinbauern, kleine Gewerbetreibende und Händler und die Arbeitererschaft zur Wehr setzen. Fridts Steuer hat sogar zu einer Protestaktion innerhalb der Nationalsozialistischen Partei durch die Arbeiterelemente geführt. In Eisenach gingen

die SA-Leute unter den Ruf: „Wir zahlen keine Steuer!“ gegeneinander mit Knütteln los. Fridt hat daraufhin sämtliche Dienststellen in Thüringen angeordnet, rücklichtlos und mit aller Schärfe diese unfassbare Steuer einzuziehen. Die Arbeiter haben in bestimmten Anweisungen Zwangsmaßnahmen angedroht. In einem solchen Schreiben des Rentamts Sonneberg heißt es:

„Wir müssen erwarten, daß die Abrechnung künftig vorgenommen wird, da infolge der Neuartigkeit der Steuer und der bekannten Gegenwehr gegen ihre Erhebung damit zu rechnen ist, daß sie vielfach nicht freiwillig gezahlt wird, andererseits in vielen Fällen auch die zwangsweise Einziehung nur von Erfolg sein wird, wenn sie unverzüglich durchgeführt wird. . . Die Beschränkungen der Verordnung über Lohnpändungen, nach denen ein Teil des Arbeitslohnes der Pfändung nicht unterliegt, gelten also hier nicht.“

Fridt macht also selbst vor den Arbeitern mit den Hungerlöhnen und den Erwerbslosen mit der Einziehung seiner Kopfsteuer nicht halt. Die Werktätigen, die auf die sozialen Pflichten bei der Wahl heringefallen sind und jetzt rücklichtlos unter Zuhilfenahme von Zuhilfenahme von Polizei von Fridt ausgeplündert werden, sind schnell über die kapitalistische Klientelle des Youngausbeuter befehlt worden.

Sozialdemokratisches Bündnisangebot an die Wirtschaftspartei

Die „Linken“ übertreffen Müllers Koalitionspolitik / SPD-Arbeiter macht Schluß mit eurer Verräterpartei!

Dresden, 9. Juli.

Der Leipziger SPD-Bezirksvorstand hat sich zu Anfang des Jahres als erster innerhalb der sächsischen SPD für die Große Koalition bereit erklärt. Jetzt veröffentlicht die Leipziger Volkszeitung zum Beschluß der Landesinstanzen folgende Erklärung:

„Da im ersten Landtage eine Mehrheit für die sogenannte Große Koalition möglich gewesen wäre, hatte die Sozialdemokratie damals die Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei abgelehnt. Im neuen Landtage verfügen die Parteien der Großen Koalition nur über 32 Stimmen der Sozialdemokratie, 3 der Demokraten und 8 der Deutschen Volkspartei, zusammen 43 Stimmen. Da auf dieser Grundlage keine Koalitionsmöglichkeit möglich ist, erweiterten die Landesinstanzen die Bereitwilligkeit zur Verhandlung über die Regierungsbildung, so daß nunmehr die Verhandlungen auch mit der Wirtschaftspartei geführt werden können. Die Wirtschaftspartei zählt 10 Abgeordnete.“

Nach vor einem Jahre schrieb die sächsische SPD-Presse, die Große Koalition ist der Weg in den Faschismus. Zur zweijährigen Koalitionspolitik der Hermann-Müller-Regierung schrieb sie, daß am Ende dieser Regierung der „Faschismus“

gestärkt, die Lage des Proletariats unagorbar traurig und traurig“ sei. Und doch war diese Regierung nur eine Koalition bis zur Volkspartei.

Jetzt scheitern die „Linken“ den Vogel ab. Sie machen das, was selbst die Müller und Severing bis heute noch nicht gemacht haben, sie erklären sich bereits zum offenen Regierungsbündnis mit der reaktionären großbürgerlichen Partei, der Wirtschaftspartei. Es ist dieselbe Partei, die den verächtlichen Arbeitszwang auf ein Jahr, die Militarisierung der arbeitenden Jugend, fordert. Es ist dieselbe Partei, deren Reichsjustizminister Bredt forderte, daß zwanzig Millionen deutscher Arbeiter, möglichst in einer Nacht, verredet sollen. Es ist dieselbe Partei, die gegenwärtig mit allen Mitteln eine Regierung unter Beteiligung der Nazis anstrengt.

Die „Linken“ der „Linken“, die Volkspartei für das Vogtland, hat noch die Stirn, diese politische Verleumdung der „linken“ SPD-Führer mit dem Titel zu beschreiben: „Wir fordern, daß im Interesse des Proletariats regiert wird“, und legt diesem Titel das sozialdemokratische Mindestprogramm vom Juni v. J. an. Aber dieses Programm dient, wie die andere SPD-Presse erklärt, nicht als Bedingung für einen Regierungseintritt, sondern als Verhandlungsgrundlage. Es ist ein Täuschungsmanöver gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern.

So wollen die „linken“ SPD-Führer ein „Nazi-Sachsen verhindern“. Darum würden sie alle Lohnkämpfe ab. Darum überlassen sie die Metalle und Textilarbeiter der Lohnabbauoffensive der Industriellen. Darum wird in ihrer Presse eine neue Antifaschistische Kampagne entfacht. Von ihrer „linken“ Whore ist nicht einmal der Schein übrig geblieben. Sie haben essen und in aller Form die Koalitionslinie der Müller und Severing bezogen und gehen sogar noch darüber hinaus.

Werden die SPD-Arbeiter dieses Verbrechen mitmachen? Erinnern sie sich ihrer schweren Parteikämpfe im Kampfe gegen die 23. gegen die Eud und Heide? Ist es nicht heute klar, daß die Krndt, Edel und Böckel nichts mehr unterscheidet von denen, gegen die sozialdemokratischen Arbeiter kämpften? Wollen die SPD-Arbeiter Wegbereiter des Faschismus werden? Wollen sie ein Regierungsbündnis mit solchen Parteien eingehen, die jetzt eine Kopfsteuer einführen, den Lohnabbau betreiben, den Unterdrückungsraub durchführen?

Heraus aus der Partei des sozialdemokratischen Koalitionsverrats! Dislociert mit den SPD-Arbeitern! Reicht sie heraus aus der Front der Wedel und Krndt! Schmeißt das revolutionäre Massenbündnis!

Unterstützt die Landtagsanträge der KPD auf Arbeitsbeschaffung, deren Verhandlung die Kommunisten in der morgigen ersten Sitzung des sächsischen Landtages erzwingen werden.

Bolschewismus gegen Faschismus!

Überfüllte Kiefernfundgebungen der Berliner KPD / Die eingeladenen Faschistenführer kneten feige

Berlin, den 9. Juli.

Das rote Berlin ist gestern Abend gegen die braune Nordsee der Hitler und Goebbels aufmarschiert. Die KPD hatte im großen Saalbau Friedrichshain zu einer Versammlung aufgerufen mit dem Thema „Bolschewismus oder Faschismus?“. Den nationalsozialistischen Führern war eine Kündigungsbedeutung zugesichert. Die Goebbels und Co. kniffen jedoch feige und waren nicht erschienen. Das Referat hielt Genosse Kemmele vom ZK der KPD, der gründlich mit den Demagogen und Streikbrechern abrechnete. Stundenlang vor Beginn war der Saal bereits überfüllt.

Von der Polizei wurden sämtliche Straßen im Umkreise abgesperrt. Tausende konnten keinen Einlaß finden. Sie demonstrieren unaufhörlich durch die Straßen. In einer Parallelfundgebung im Friedrichshain, an der 12000 teilnahmen, sprach der frühere Bundesführer des KPD, Genosse Döw. Noch lange nach Schluß der Versammlung waren sämtliche Straßen und der Friedrichshain dicht von Massen gefüllt, die immer wieder ihre Sympathien zur KPD zum Ausdruck brachten.

Gummiknüppel statt Brot Kommunistische Kämpfer gegen Quongplan blutig geschlagen

Reichenbach i. V. den 9. Juli.

Gestern war Stadtverordnetenversammlung. Sämtliche Anträge der Kommunisten wurden niedergeschlagen. Die kommunistischen Stadtverordneten wurden aus dem Saale geschleift. Die Tribüne wurde geräumt. Vor dem Rathaus kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Opfer waren 5 Schwerverletzte und 1 Leichtverletzter. Die Polizei ging direkt blutig gegen Frauen, Kinder und alte Leute vor. Der Führer der Arbeiterwehr, Genosse Scheler, hat man blutig niedergeschlagen, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Fei und Gummiknüppel statt Brot, das ist das Programm der kapitalistischen Youngrepublik. Um dies Programm durchzuführen, ist Nazi-Fridt in Thüringen Minister und erstreben die sächsischen SPD-Führer die Große Koalition.